

Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kollegin und Kollegen
an die Bundesministerin für Familien und Jugend
betreffend Beschäftigung von im Ruhestand befindlichen öffentlich Bediensten**

Beamt_innen genießen nicht nur was die Berechnung der Ruhestandsbezüge, insbesondere in Bezug auf Durchrechnungszeiträume, betrifft Privilegien gegenüber normalen ASVG-Versicherten. Auch während dem Bezug von Ruhestandsbezügen haben Beamt_innen ein wesentliches Privileg. Diese dürfen nämlich zu ihrem Ruhebezug unbegrenzt dazu verdienen. Für alle anderen Pensionsbezieher_innen besteht bis zum Regelpensionsalter nur die Möglichkeit, bis zur Geringfügigkeitsgrenze ohne Abzüge o.ä. dazu zu verdienen. Alleine schon diese Ungerechtigkeit gehört beseitigt, denn für ASVG-Pensionsbezieher_innen bestehen derzeit kaum Anreize, über den frühestmöglichen Pensionsantritt hinaus zu arbeiten bzw. ist jede Erwerbstätigkeit während eines Pensionsbezuges die über die Geringfügigkeit hinausgeht unattraktiv.

Dass es für bereits im Ruhestand befindliche Beamt_innen durchaus Anreize gibt, nach Ruhestandsantritt noch erwerbstätig zu sein und zum Ruhestandsbezug einen Zuverdienst zu erzielen, zeigt der Verein Austrian Senior Public Experts (ASPE). Geraade das Bundeskanzleramt macht aktiv Werbung für diesen Verein und seine Tätigkeiten und hat überdies ein Verbindungsbüro zwischen dem Verein und den verschiedenen Ressorts eingesetzt.

Die Verbindung bzw. Vermittlung zu anderen Ressorts ist dahingehend von Bedeutung, dass die im Ruhestand befindlichen Beamt_innen als Expert_innen in den verschiedenen Ressorts zum Einsatz kommen. Dort wird deren Expertise genutzt. Es ist aus unserer Sicht fraglich, weshalb nur Beamte die Möglichkeit haben sollen, dass von ihren Erfahrungen andere profitieren können und für andere Pensionsbezieher_innen keine Anreize gesetzt werden, ihr Know-How zur Verfügung zu stellen. Insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit, das Pensionsantrittsalter effektiv zu steigern und altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitsmodelle zur Verfügung zu stellen, zeigt dieses Projekt, wie solche Tätigkeiten aussehen könnten. Weiters stellt das Projekt unter Beweis, dass die Menschen im Alter von Anfang 60 zu jung zum Nichtstun sind und eine Erwerbstätigkeit nicht nur möglich, sondern für viele sogar wünschenswert ist.

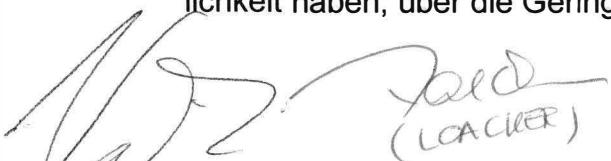
Für ASVG-Pensionsbezieher_innen sind solche Beschäftigungsmöglichkeiten derzeit nicht vorgesehen, dementsprechend wird nicht in diese Beschäftigungsverhältnisse investiert bzw. gefördert. Deshalb ist es besonders interessant, welche Summen für die Beschäftigung von Beamten im Ruhestand ausgegeben werden, um Beamt_innen auch in Hinblick darauf zusätzliche Privilegien zu zugestehen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehende

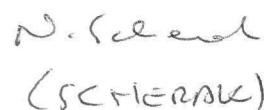
Anfrage:

1. Wie viele Personen wurden über das Verbindungsbüro des Vereins "Austrian Senior Public Experts" bereits für das Bundesministerium für Familien und Jugend tätig? (Anzahl der Personen jährlich seit Bestehen des Verbindungsbüros, bzw. monatlich falls das Verbindungsbüro erst seit 2014 besteht und insgesamte Zahl der Personen)
2. Wie viele dieser Personen davon waren auf Werkvertragsbasis tätig?
3. Wie viele dieser Personen waren auf Grundlage eines freien Dienstvertrages tätig?
4. Wie viele dieser Personen waren in ihrer Tätigkeit weisungsgebunden? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
5. Wie viele dieser Personen arbeiteten mit eigenen Betriebsmitteln? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
6. Wie viele dieser Personen verrichteten ihre Tätigkeiten in den Räumlichkeiten des Bundesministeriums für Familien und Jugend? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
7. Wie viele dieser Personen waren unmittelbar in die Organisation des Bundesministeriums für Familien und Jugend integriert? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
8. Wie sehen die typischen Arbeitszeiten dieser Personen aus? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
9. In welchem Ausmaß liegt eine Eingliederung dieser Personen in die Struktur des Bundesministeriums für Familien und Jugend vor? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
10. Wie viele dieser Personen waren auch für andere Auftraggeber_innen außerhalb der Bundesregierung tätig? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
11. Wie stellt das Bundesministerium für Familien und Jugend sicher, dass diese Werkvertragsnehmer_innen nicht in persönlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Bundesministerium für Familien und Jugend sind?
12. Wer kontrolliert die Tätigkeiten dieser Auftragnehmer_innen?
13. Wie hoch waren die bezahlten Honorare für diese Personen die über das Verbindungsbüro für das Bundesministerium für Familien und Jugend tätig wurden? (Höhe der Honorare jährlich seit Bestehen des Verbindungsbüros, bzw. monatlich falls das Verbindungsbüro erst seit 2014 besteht, getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
14. Wie viele andere Personen wurden - obwohl sie bereits im Ruhestand waren - für das Bundesministerium für Familien und Jugend tätig? (Anzahl der Personen jährlich seit 2008 und insgesamte Zahl der Personen, getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
15. Wie viele dieser Personen davon waren auf Werkvertragsbasis tätig?
16. Wie viele dieser Personen waren auf Grundlage eines freien Dienstvertrages tätig?

17. Wie viele dieser Personen waren in ihrer Tätigkeit Weisungsgebunden? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
18. Wie viele dieser Personen arbeiteten mit eigenen Betriebsmitteln? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
19. Wie viele dieser Personen verrichteten ihre Tätigkeiten in den Räumlichkeiten des Bundesministeriums für Familien und Jugend? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
20. Wie viele dieser Personen waren unmittelbar in die Organisation des Bundesministeriums für Familien und Jugend integriert? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
21. Wie sehen die typischen Arbeitszeiten dieser Personen aus? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
22. In welchem Ausmaß liegt eine Eingliederung dieser Personen in die Struktur des Bundesministeriums für Familien und Jugend vor? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
23. Wie viele dieser Personen waren auch für andere Auftraggeber_innen außerhalb der Bundesregierung tätig? (getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
24. Wie stellt das Bundesministerium für Familien und Jugend sicher, dass diese Werkvertragsnehmer_innen nicht in persönlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Bundesministerium für Familien und Jugend sind?
25. Wer kontrolliert die Tätigkeiten dieser Auftragnehmer_innen?
26. Wie hoch waren die bezahlten Honorare für diese Personen die für das Bundesministerium für Familien und Jugend tätig wurden? (Höhe der Honorare jährlich seit 2008, getrennt für freie Dienstnehmer_innen und Werkvertragsnehmer_innen)
27. Gibt es auch Personen die - obwohl sie bereits im Ruhestand waren - nicht durch einen Werkvertrag bzw. einen freien Dienstvertrag für das Bundesministerium für Familien und Jugend tätig wurden?
28. Wenn ja, wie?
29. Wenn ja, wie viele aufgrund der verschiedenen Tätigkeitsverhältnisse gemäß Frage 28? (Anzahl der Personen jährlich seit 2008 und insgesamte Zahl der Personen, getrennt für verschiedene Tätigkeitsverhältnisse gemäß Frage 28)
30. Wie hoch waren die bezahlten Honorare für Personen die - obwohl sie bereits im Ruhestand waren - für das Bundesministerium für Familien und Jugend tätig waren oder sind? (Höhe der Honorare jährlich seit 2008, getrennt für verschiedene Tätigkeitsverhältnisse gemäß Frage 28)
31. Welche sachliche Rechtfertigung sehen Sie darin, einen solchen Verein zu fördern bzw. ein Verbindungsbüro zu diesem Verein zu erhalten und generell Tätigkeiten im öffentlichen Bereich von im Ruhestand befindlichen öffentlich Bedienten, zu fördern, die unbegrenzt zu ihrem Ruhestandsbezug dazu verdienen können, während normale ASVG/APG-Pensionsbezieher_innen oft nicht die Möglichkeit haben, über die Geringfügigkeitsgrenze dazu zu verdienen?



Walter Loidl
(LODLER)



N. Schramm
(SCHRAMM)



M. Fackler
(FACKLER)